11.01.90

Sachgebiet 611

Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

zu dem Gesetzentwurf des Bundesrates – Drucksache 11/4711 –

Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Kapitalverkehrsteuergesetzes

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung – Drucksache 11/5411 –

Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 20. Dezember 1985 zur Koordinierung der Vorschriften über gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (Investment-Richtlinie-Gesetz)

Bericht der Abgeordneten Roth (Gießen), Dr. Weng (Gerlingen), Dr. Struck und Frau Vennegerts

Die Beschlußempfehlung des federführenden Finanzausschusses führt die Gesetzentwürfe in Drucksachen 11/4711 und 11/5411 zu dem Gesetz zur Verbesserung der Rahmenbedingungen der Finanzmärkte (Finanzmarktförderungsgesetz) — Drucksache 11/6262 — zusammen.

Die Gesetzentwürfe in den Drucksachen 11/4711 und 11/5411 haben das gemeinsame Ziel, den Finanzplatz Bundesrepublik Deutschland gegenüber den übrigen Finanzplätzen der EG zu stärken. Die Abschaffung der Kapitalverkehrsteuern entspricht Richtlinienvorschlägen der EG-Kommission zur Steuerharmonisierung. Im Bereich der Wertpapieranlage werden bestehende Richtlinien umgesetzt.

Der Gesetzentwurf in Drucksache 11/4711 beabsichtigt, das Kapitalverkehrsteuergesetz zum 1. Januar 1993 abzuschaffen. Die Beschlußempfehlung des fe-

derführenden Finanzausschusses sieht vor, die Börsenumsatzsteuer bereits zum 1. Januar 1991 abzuschaffen, und empfiehlt gleichzeitig die Abschaffung der Gesellschaftsteuer und der Wechselsteuer zum 1. Januar 1992, um insbesondere die Finanzierungsmöglichkeiten im mittelständischen Bereich zu verbessern. Das Aufkommen aller drei Steuern steht dem Bund zu.

Den Steuerausfällen stehen aufgrund der bisherigen teilweisen Abzugsfähigkeit der Kapitalverkehrsteuern und der Wechselsteuer Mehreinnahmen an Körperschaft, Gewerbe- und Einkommensteuer gegenüber.

Die finanziellen Auswirkungen der Gesetzesänderung auf die öffentlichen Finanzen von Bund, Länder und Gemeinden sind der nachstehenden Übersicht zu entnehmen:

Finanzielle Auswirkungen des Gesetzentwurfs zur Verbesserung der Rahmenbedingungen der Finanzmärkte

(Finanzmarktförderungsgesetz)

Lfd. Nr.	Maßnahme	Steuerart	Steuermindereinnahmen (-)/Steuermehreinnahmen (+) in Mio. DM																			
			Entstehungsjahr 1991 ¹) bzw. 1992				Rechnungsjahre ²)															
				davon:			1991				1992				1993				1994			
			ins- ge- samt				ins-		davon:		ins-	davon:			ins-	davon:			ins-	davon:		
				Bund	Län- der ³)	Ge- mein- den	ge-	Bund	Län- der ³)	Ge- mein- den	ge- samt	Bund	Län- der ³)	Ge- mein- den	ge- samt	Bund	Län- der³)	Ge- mein- den	ge- - samt	Bund	Län- der³)	Ge- mein- den
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
1	Aufhebung der Börsenumsatz- steuer ab 1991	BUSt	- 800	- 800			-800	-800	_	_	- 825	- 825	_	_	- 850	- 850	_	_	-875	– 87 5	_	_
2	Aufhebung der Gesellschaftsteuer ab 1992	GesSt GewSt KSt	- 530 + 80 + 190	+ 6	- + 11 + 95	- + 63	_ _ _	_ _ _		_ _ _	- 530 - -	- 530 - -	_ _ _	 - - -	- 550 + 25 + 60	+ 2		- + 20 -		l	+ 24	1 1
3	Aufhebung der	Saldo	- 260	 		+ 63	_	_	_		- 530	- 530	_	<u> </u>	- 465	- 518	+ 33	+ 20	+100	- 307	+264	+143
	Wechselsteuer ab 1992	WSt GewSt ESt KSt	- 310 + 45 + 65 + 55 - 145	+ 3 + 28 + 27	+ 6	+ 9		 	_ _ _ _	_ _ _ _	- 310 - - - - - 310	- 310 - - - 310	_ _ _ _	_ _ _ _	- 320 + 15 + 20 + 15 - 270	+ 1 + 8 + 7	+ 9+ 8	1	+165 +140	+ 7 + 70 + 70	+ 14	+ 23
	Finanzielle Aus- wirkungen insgesamt		-1205	-1481	+168	+108	-800	-800	_	_	-1665	-1665	_		-1585	-1672	+ 52	+ 35	-700	-1365	+420	+245

¹⁾ In den ersten 12 Monaten der Rechtsänderung entstehende Steuermindereinnahmen bzw. Steuermehreinnahmen

 ²⁾ Kassenmäßige Auswirkungen der Rechtsänderung
3) Gemeindesteuern der Stadtstaaten dem Länderaufkommen zugeordnet

Die Auswirkungen des Gesetzentwurfs auf den Bundeshaushalt sind in der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes fortzuschreiben.

Der Haushaltsausschuß hat die Vereinbarkeit des Gesetzentwurfs mit der Haushaltslage des Bundes gegen die Stimmen der Fraktion DIE GRÜNEN festgestellt.

Dieser Bericht beruht auf der vom federführenden Finanzausschuß vorgelegten Beschlußempfehlung.

Bonn, den 13. Dezember 1989

Der Haushaltsausschuß

Walther Roth (Gießen) Dr. Weng (Gerlingen) Dr. Struck Frau Vennegerts

Vorsitzender Berichterstatter